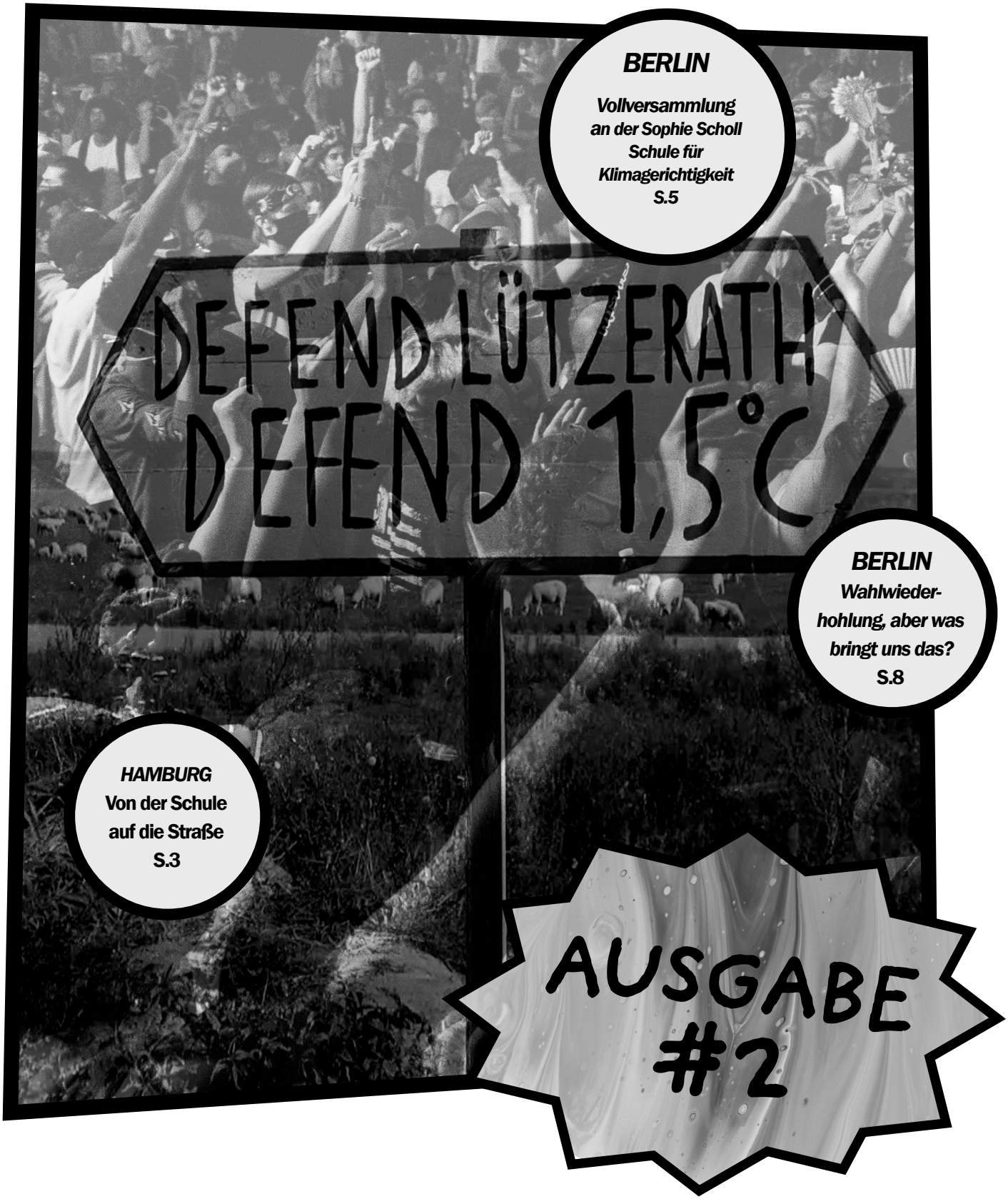
WIDERWORTE!

ANTIKAPITALISTISCHE SCHULZEITUNG



BERLIN

Vollversammlung an der Sophie Scholl Schule für Klimagerichtigkeit

S.5

BERLIN

Wahlwieder-hohlung, aber was bringt uns das?

S.8

HAMBURG

Von der Schule auf die Straße

S.3

AUSGABE #2

BADASSZITAT und BILD DES MONATS

Im Dezember gab Greta dem Ultrasexisten Andrew Tate ordentlich Gegenwind - und im Januar haben wir den Klimaschutzzauberer bei der Räumung vom Lützi sichten können. Wir sagen: **Danke für den Einsatz!**

ÜBER UNS

Wir, REVOLUTION sind eine kommunistische, internationalistische und unabhängige Jugendorganisation. Wir geben diese Zeitung heraus, da wir der Meinung sind, dass wir Jugendlichen an den Orten an denen wir uns befinden, politisch aktiv sein sollten. Dies liegt daran dass die Schule eben kein „unpolitischer“ Ort ist, wie uns immer vermittelt wird, sondern Ausdruck des kapitalistischen Systems ist und von diesem auch geprägt wird. Deswegen wollen wir Politik in die Schule hereintragen und gemeinsam aktiv werden beispielsweise gegen Unterdrückungen wie Rassismus, Sexismus und LGBTIA+-Diskriminierung! Wir sind eine Jugendorganisation um der Jugendunterdrückung (also dass uns weniger zugehört wird, wir weniger Rechte haben und ökonomisch abhängig sind von unseren Eltern) in unserer Gesellschaft etwas entgegen zu setzen. Darüber hinaus glauben wir, dass wir nur etwas verändern können, wenn wir uns gemeinsam organisieren. Das heißt: Wir gehen gemeinsam auf Demonstrationen, diskutieren über aktuelle politische Fragen und sind eben an unseren Schulen aktiv. Wenn du mehr über uns wissen willst, frag‘ einfach nach! Du kannst uns jederzeit eine Nachricht schreiben oder auch unser Programm auf unserer Homepage lesen.

/revogermany

onesolutionrevolution.de

REVOLUTION
Internationale kommunistische Jugendorganisation

V.i.S.d.P: Anne Schlüter, Eiergasse 2, 10178 Berlin

VON DER SCHULE AUF DIE STRASSE

GEGEN RECHTE SYMBOLIKEN AN DER SCHULE

Ende Oktober 2022 wurden über 100 Hakenkreuze auf Gebäude des Carl-von-Ossietsky-Gymnasiums und der benachbarten Grundschule in Hamburg-Poppenbüttel geschmiert. In den bürgerlichen Medien wurde es kaum erwähnt, wahrscheinlich hast du, wenn du diesen Flyer in der Hand hältst oder den Aufruf liest, erst jetzt davon erfahren. Das Hamburger Abendblatt hat darüber berichtet, Hintergründe gab es aber keine. Auch unklar ist, von wem dieser großangelegte Angriff ist, laut Medien könnten es „der Schule nahestehende Jugendliche“, oder organisierte Nazis gewesen sein.

Für uns ist klar, dass es sich dabei um eine neue Qualität rechter Angriffe handelt. Ob es nun „nur“ Jugendliche sind, oder organisierte Nazis, das Ergebnis ist das Gleiche: Rechte Symbole können unbehelligt in die Gegend geschmiert werden und Nazis können sich im Viertel weiter ausbreiten.

Es wird Zeit, dass wir uns als Schüler_innen und Antifaschist_innen gemeinsam Organisieren und gegen rechte oder faschistische Übergriffe und rechtes Gedankengut (und seien es „nur“ Witze unserer Mitschüler_innen) ankämpfen! Wir fordern deshalb:

- Freiräume für Schüler_innen, um sich gegen Diskriminierung, rechte Übergriffe und schlechte Behandlung durch Lehrpersonal, Bekannte oder Eltern zu organisieren und zu wehren!
- Objektive Aufklärung über den Hitler-Faschismus und die Funktion des Faschismus in der Geschichte spätestens in der 7. Klasse! In der 9. Klasse ist das viel zu spät!
- Aufklärung der Tat und dessen Ursache von Strukturen, die durch Schüler_innen und von rechten Übergriffen Betroffenen kontrolliert sind!

Kommt mit uns zur Demonstration am 27. Januar um 14 Uhr am Alstertal-Einkaufszentrum (Treffpunkt S-Bahn Poppenbüttel)!

FASCHIST_INNEN BLOCKIEREN:

Gemeinsam gegen die Naziaufmärsche in Dresden!

Dieses Jahr am 13.2. finden wieder die alljährlichen Rechtsextremen Proteste in Dresden statt, die das Thema der Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg für sich instrumentalisieren. Hierbei betreiben die Nazis offenen Geschichtsrevisionismus und nennen die Bombardierung Dresdens „Den Bombenholocaust“ der 250.000 Opfer gefordert haben soll, so zumindest laut dem Fronttransparent vom letzten Jahr. Dabei ist die Bombardierung Dresdens ein Ereignis das tatsächlich stattgefunden hat: Im Jahre 1945, am Ende des 2. Weltkrieges bombardierten britische Flugzeuge in der Nacht zum 13. Februar Dresden. Über Jahre hinweg gab es verschiedenste Schätzungen zu Opferzahlen mit den unterschiedlichsten Ergebnissen, doch laut Ermittlungen starben bei der Bombardierung etwa 22.700 – 25.000 Menschen.

Diese Fakten interessieren die Nazis aber nicht, sie haben in der Bombardierung Dresdens ein Ereignis gefunden, dass man mit verdrehten Fakten für sich instrumentalisieren & emotionalisieren kann.

Denn das was sie machen, das Sprechen von einem angeblichen „Bombenholocaust“, relativiert schlicht und ergreifend den Holocaust, indem es einen übertriebenen Opfermythos erzeugt, der die Bombardierung Dresdens mit dem Holocaust gleichsetzt.

Doch mit diesem Thema haben es die Nazis in den letzten Jahrzehnten geschafft am 13.2. viele Rechte auf ihre Demo zu mobilisieren. Begonnen hat diese Tradition 2000 mit einem durch eine rechtsextreme Organisation initiierten „Trauermarsch“. Lagen die Teilnehmer_innenzahlen 2000 noch bei knapp 500 stiegen sie bis zu ihrem Höhepunkt im Jahre 2005 auf 6500 Teilnehmer_innen an und stellten den zur damaligen Zeit größten Neonazi-Aufmarsch in Europa dar. In den darauffolgenden Jahren verkleinerte sich die Zahl der Rechten Demonstranten, auch aufgrund des Gegenprotestes der immer präsenter wurde. Vor allem während der Pandemie sanken die Teilnehmer_innenzahlen immer mehr sodass auf Rechter Seite im letzten Jahr lediglich 400-750 Menschen mobilisiert werden konnten.

Warum betrifft uns der Rechtsruck als Jugendliche und Schüler_Innen?

Dass es seit den späten 00ern in ganz Europa einen starken Rechtsruck gibt und dass dieser in den letzten Jahren noch mal einen gewaltigen Aufschwung erlebt hat, ist kein Zufall. Das lag an der Finanzkrise 2008, die nie wirklich aufgelöst wurde und dem erneuten Zusammenbrechen der Wirtschaft im Zuge der Corona Pandemie. In Zeiten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Unsicherheit wie Kriegen oder Krisen des Kapitalismus beginnen mehr und mehr Menschen am „Weiter wie bisher!“, am kapitalistischen Status Quo zu zweifeln.

Leider führen diese Zweifel nur bei einigen wenigen dazu das gesamte System zu hinterfragen und sich für eine komplett neue gerechtere Gesellschaftsordnung einzusetzen. Bei vielen anderen ist der Glaube an den Kapitalismus als Naturgesetz so tief verankert, dass sie nach anderen Erklärungen suchen. Für sie leben wir in einem fundamental gerechten System. Wenn es ihnen und ihrem Umfeld beginnt, schlechter zu gehen, dann liegt das nicht am System selbst, sondern daran, dass es missbraucht wird. An einzelnen korrupten Politikern, einer großen Verschwörung, ‚Eliten‘, Schattenregierungen und Globalisten (womit übrigens fast immer Jüdinnen und Juden gemeint sind). Für sie müssen einfach die richtigen starken Männer an die Macht die all die Verschwörer_Innen verjagen und wieder Frieden und Wohlstand ins Reich einkehren lassen.

Und die, die gerne solche starken Männer wären, wissen, wie sie die Zeiten der Unsicherheit nutzen können. Indem sie weiter Angst und Hass schüren, um Menschen zu sich zu treiben.

Und sollten sie das tatsächlich schaffen, sieht es für uns Jugendliche echt nicht gut aus. Was noch mehr und offener Rassismus für nicht weiße Jugendliche bedeutet, muss man gar nicht erst ausführen, aber auch darüber hinaus ist mit einigem zu rechnen. So greifen Rechte auch massiv in jedes einzelne Leben ein. Sie propagieren die bürgerliche Kleinfamilie mit der fürsorglichen und selbst aufopfernden Mutter, dem strengen, gerechten Vater, der als allmächtiger Patriarch über die Familie verfügt und ihren braven weißen Kindern. Platz für abweichende Geschlechtsidentitäten, Sexualitäten oder schlicht und einfach Jugendliche mit einem eigenen Willen ist hier nicht.

Die finanzielle und rechtliche Abhängigkeit Jugendlicher von den Eltern und von Frauen gegenüber ihren Ehemännern ist für sie begrüßenswert und alles was sie schmälern könnte, lehnen sie ab. Sie versuchen uns Rollenbilder aufzuzwingen und all die bereits erkämpften Fortschritte wieder einzustampfen.

Auch die Krise selbst, für die die Rechten keine Lösung haben, trifft uns als Jugendliche besonders hart. Bildung ist das erste an dem gespart wird und auch die Jugendarbeitslosigkeit liegt meist noch deutlich über dem Durchschnitt. Azubis und studentische Hilfskräfte sind die ersten, die gefeuert werden und dadurch auch oft gezwungen zu ihren Eltern zurückzuziehen oder gar nicht erst auszuziehen. So können sie sich nicht frei entfalten und ins selbständige Leben übergehen. All das sind Konsequenzen von Krise, Kapitalismus und Rechtsruck und sie treffen uns alle. Deswegen müssen wir uns auch alle kollektiv dagegen wehren!

Geht auf die Gegenkundgebungen und beteiligt euch an Aktionen rund um den 13./14.2., um den Nazis zu zeigen, dass wir ihnen ihren Opfermythos nicht abnehmen.

Aber lasst es nicht dabei! Wir müssen auch selbst Perspektiven aufzeigen und eine internationale Bewegung als Antwort auf die Krise aufbauen. Wir müssen uns organisieren, an Schulen, Unis und Betrieben. Antirassistische Komitees gründen, uns kollektiv selbst schützen und Nazis keinen Raum mehr lassen, auf der Straße oder anderswo. Wir müssen ankämpfen gegen Sparmaßnahmen in der Bildung und im Sozialen, nicht wir sollten die Krise zahlen, sondern die, die an ihr noch reicher geworden sind. Gegen sexuelle Unterdrückung und für die körperliche Selbstbestimmung aller. Gegen aufgezwungene Rollenbilder, unausweichliche Ausbeutung und unfreiwillige Abhängigkeit von einer Familie, die man sich nicht selbst ausgesucht hat.

Du willst auch mit zur Demo? Dann schreib‘ uns an! Wir fahren auch aus anderen Städten zusammen nach Dresden! Einfach bei Instagram nach revogermany suchen!

Wahlwiederholung, aber was ist mit uns?

Monza Murcatto

Das Berliner Verfassungsgericht hat entschieden, die Berliner Wahl des 26. September 2021 zu wiederholen. Das heißt, dass alle 3 Berliner Wahlen wiederholt werden müssen, also die Wahl zum Bundestag, die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und die zu den Bezirksverordnetenversammlungen. Falls ihr bei den ganzen komplizierten Namen nicht durchseht, hier noch einmal ein bisschen Politikunterricht: Die Bezirksverordnetenversammlungen sind quasi die Parlamente der verschiedene Bezirke also von z.B. Schöneberg, Pankow oder Mitte. Sie entscheiden über nicht ganz so wichtige Dinge wie Ampelphasen oder Parkanlagen. Das Abgeordnetenhaus ist das Parlament für die ganze Stadt. Es entscheidet über wichtigere Sachen wie Bildung, Bullen oder Corona-Schutzmaßnahmen. Und der Bundestag ist das Parlament für ganz Deutschland und hat die wichtigste Stellung im politischen System.

Es dürfen jedoch nicht alle ihre Stimme für die Wahl abgeben, die hier leben und deshalb von den Entscheidungen der verschiedenen Institutionen betroffen sind. Ausgeschlossen von der Wahl werden Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, Menschen mit „schweren Behinderungen“ und Menschen unter 16 Jahren (für Bundestagswahl und Abgeordnetenhaus sogar unter 18 Jahren). Daran sieht man schon, wem der kapitalistische Staat zutraut eine politische Meinung zu haben und wem nicht. Als Jugendliche werden wir in fast allen Bereichen der Gesellschaft entmündigt. Das heißt: unsere Meinung ist egal, ob in der Familie, in der Schule oder eben bei Wahlen. Warum wir uns trotzdem dafür interessieren sollten, erfahrt ihr in diesem Artikel.

FCK SNT

Die aktuelle Rot(SPD)-Grün(Die Grünen)-Rote(Die Linke) Koalition in Berlin regiert schon ein ganzes Jahr. Im Wahlkampf 2021 waren die bestimmenden Themen Bildung und Wohnen. Jetzt können wir

uns mal anschauen, was diese Regierung alles dafür gemacht hat. Die Antwort: Nichts! Aber ihr wollt es bestimmt ausführlicher. Dann fangen wir mal damit an, wo ihr diese Zeitung bekommen habt, nämlich in der Schule. Von den geplanten 1 Milliarden Euro, die in die Sanierung von kaputten Schulgebäuden, vergammelten Turnhallen und undichten Fenstern fließen sollten, werden nur 300 Millionen investiert. Das heißt, der Senat schuldet uns 700 Millionen Euro, der er uns für die Sanierung unserer Schulen versprochen hat!

Aber wo fließt das Geld stattdessen rein? Wer hätte es erwartet: In die Bullen. Also die Arschlöcher, die euch für das bisschen Kiff verhaften. Die euch aus euren Wohnungen rauswerfen, weil sich keiner mehr die Mietkosten in Berlin leisten kann. Die grundlos Demonstrationen zusammenschlagen oder dich dafür verhaften , weil du mal beim DM was geklaut hast. Die Bullen, die migrantische Menschen ohne Begründung umbringen, wie Kupa Ilunga Medard oder Mouhamed Lamine Dramé. Für mehrere Millionen Euro will der Senat eine Polizeiwache am Kottbusser Tor bauen, um von dort aus weiter unter Generalverdacht gestellte migrantisierte Menschen zu überwachen.

Aber dass der Senat die Steuergelder lieber in Bullenwachen statt Schulgebäude steckt, ist nicht alles, was der er für bildungspolitische Scheiße gemacht hat. Obwohl es bereits 7 Warnstreiks von der Bildungsgewerkschaft GEW gegeben hat, weigert sich der Senat weiterhin kleinere Klassen für alle Schüler:innen zu akzeptieren, was einerseits die Lehrer:innen aktiv auslasten aber auch das Lernen für uns alle wesentlich leichter und einfacher machen würde. Der aktuelle Finanzsenator Daniel Wesener hat trotz ständiger Gesprächsangebote sogar über ein Jahr lang nicht einmal mit der Gewerkschaft geredet!

Zum Thema Wohnen bleibt zu sagen, dass der Senat nichts verbessert hat und stattdessen einen sinnvollen Vorschlag der Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ verschleppt. Per Volksentscheid hat sich die Mehrheit der Berliner:innen dafür ausgesprochen, den Immobiliengiganten „Deutsche Wohnen“ und etliche andere Miethaie zu enteignen. Aber schon im Vorhinein hat Frau Dr. Franziska Giffey (SPD) angekündigt, dass es ihr egal ist, was die Mehrheit der Berliner:innen sagt und es mit ihr als enger Freundin der Immobilienlobby keine Enteignung geben wird. Die Antwort von Giffey lautet „Bauen, bauen, bauen“, dabei baut „Deutsche Wohnen“ kaum neue Wohnungen und wenn in Berlin etwas neu gebaut wird, dann sind es kaum Sozialwohnungen, sondern vielmehr Luxusappartements und Eigentumswohnungen.

Auf bundespolitischer Ebene sieht es dabei auch nicht viel besser aus. So präsentieren sich die Grünen stets als Partei für Klimagerechtigkeit und konnten sich bei der Wahl gut bei Aktvist:innen von Fridays for Future verkaufen. Jedoch ist das, was die Partei nun in der Bundesregierung macht alles andere als nachhaltig. Sie befürworten den Export von Waffen, die Aufrüstung der Bundeswehr und versuchen unter dem Vorwand des Ukraine-Krieges den Kohleausstieg noch weiter nach hinten zu verschieben und sogar wieder in die Atomkraft einzusteigen. Bei der SPD sieht es nicht anders aus, nur die haben auch nie vorgegeben irgendwie ökologisch zu sein. Aber war die SPD nicht immer für bessere Arbeitsbedingungen und so? Ja das waren sie mal, so rund 1890, also schon eine ganze Weile her. Danach hat die SPD jeglichen Kriegseinsätzen zugestimmt und in den letzten 30 Jahren dafür gesorgt, dass der Sozialstaat in Deutschland immer weiter abgebaut wird. Bitte wählt sie also nicht wieder...

Aber wen soll man denn dann wählen?

Warum FDP, CDU und AFD Scheißparteien sind, müssen wir vermutlich nicht erklären. Aber wenn ihr das wissen wollt oder euch unsicher seid, wie ihr zum Beispiel gegenüber euren Eltern oder rechten Lehrer:innen argumentieren sollt, schreibt uns doch gerne an und vielleicht kommt es ja auch in die nächste Ausgabe.

Wer jetzt gut mitgerechnet hat, dem:der fällt auf, dass eigentlich nur noch eine Partei übrigbleibt: Die Linkspartei. Aber sitzt die nicht auch im Berliner Senat und ist für die ganze Scheiße mitverantwortlich? Richtig! Dennoch rufen wir dafür auf, die Linkspartei zu wählen und trotzdem (!) den Kampf auf der Straße zu organisieren. Die Partei Die Linke ist in Sachen Arbeitsbedingungen, Rechte von LGBTIA und Rechte von Migrant_innen den anderen Parteien um einiges Voraus. Auch wenn sie von einem inneren Flügelstreit gelähmt ist, Wagenknecht am laufenden Band Scheiße labert und sie in den Landesregierungen, in denen sie sitzt, viel Mist gemacht hat. Viele Forderungen im Programm der Linkspartei sind trotzdem richtig und unterstützenswert. Ein Großteil ihrer Stimmen stammt deshalb von Aktivist:innen aus sozialen Bewegungen, die an eine gerechtere Welt glauben oder von organisierten Arbeiter:innen aus Gewerkschaften. Wir sind dafür, die Linkspartei durch ihre kritische Wahl in die politische Verantwortung zu bringen, ihre sozialen, bildungspolitischen und ökologischen Versprechen auch tatsächlich in die Tat umzusetzen. Ob in der Regierung (wie in Berlin) oder in Bündnissen (wie Deutsche Wohnen und Co enteignen) oder auf der Straße (wie in den Streiks der GEW oder gegen die Inflationskrise) kämpfen wir mit der Partei zusammen und fordern sie auf, ihre richtigen Forderungen auch tatsächlich in die Tat umzusetzen. Tun sie dies jedoch nicht,

UND BEI DIR SO?

Bei dir an der Schule gibt's dreckige Toiletten, rassisistische Lehrer_Innen oder Mitschüler_Innen und das nervt dich? Dann schreib' uns einfach auf Instagram oder nutze das Kontaktformular auf unserer Homepage (S.2), wir freuen uns über Beiträge von euch! In der nächsten Ausgabe wollen wir außerdem eine neue Rubrik einführen: Nachgehakt bei der wir unterschiedliche Schüler_Innen die gleiche Frage stellen um mehr über die Situation an unterschiedlichen Schulen zu erfahren und uns zu connecten. Die zweite Frage ist:

„Gibt es Sexismus, Rassismus & Co an eurer Schule? Wenn ja, wie äußert sich das? Und was wird dagegen gemacht?"

Also schickt uns gerne eure Meinung bis zum 12. Februar! Die Antworten auf die Frage der letzten Ausgabe findet ihr auf den Seiten 10/11.

müssen wir den Aktivist:innen und Arbeiter:innen, die Illusionen in diese Partei haben, aufzeigen, dass sie uns verraten haben und wir unsere Ziele nur erreichen können, wenn wir eine revolutionäre Partei links von der Linkspartei aufbauen.

Bringen Wahlen denn überhaupt was?

Im Politikunterricht lernen wir immer „Gehe Wählen, wenn du etwas verändern willst!". Insofern man das überhaupt darf, weil man nicht zu ausländisch, zu „behindert" oder zu jung ist, ist das zu einem gewissen Grad auch richtig. Die Wahl kann einen Unterschied machen, wie und von wem wir verwaltet werden. Sie drücken zudem immer ein Kräfteverhältnis aus, also welche Positionen mehrheitlich in der Bevölkerung vertreten werden. Die Wahl in Berlin ist zudem ein Gradmesser dafür, wie beliebt die aktuelle Ampel-Koalition (in der mit SPD und Grünen auch 2 der Berliner Regierungsparteien sitzen) zurzeit ist. Andere linksradikale Gruppen rufen oft zum Boykott der Wahlen auf, da sie eh nur bürgerlich seien und keinen Einfluss hätten. Richtig ist, dass die Politik im Kapitalismus immer ein Ausdruck der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen ist und die Kapitalist:innen immer ihre Interessen nach der Vermehrung ihres Profites durchzusetzen versuchen. Notfalls auch, indem Beschlüsse des Parlaments übergangen werden. Das sieht man zum Beispiel daran, dass sich die Mehrheit der Berliner:innen für die Enteignung von Deutsche Wohnen abgestimmt hat und nun die Immobilienlobby mit Rückendeckung der bürgerlichen Parteien alles tut, um dies zu verhindern. Einen Wahlboykott halten wir trotzdem für Bullshit, denn das Recht zu wählen wurde sich hart erkämpft. Es nicht zu nutzen würde bedeuten, eine Bastion, die wir in unserem Kampf für eine befreite Gesellschaft schon erobert haben, wieder aufzugeben.

Aber wenn wir tatsächlich nur alle paar Jahre ein Kreuzchen auf nem Zettel machen und dann die Hände in den Schoß legen und hoffen, dass unsere Gebete für bessere Bildung, weniger Polizeigewalt und bezahlbares Wohnen erhört werden, machen die bürgerlichen Parteien ihren Scheiß weiter. Dann kommt es nämlich zu dem, was wir jetzt haben: Verrat! Aber wie können wir das verhindern? Das können wir, indem wir Druck auf die Regierung aufbauen, indem wir uns selbst organisieren und aktiv auf der Straße und in der Schule für eine Bewegung kämpfen, die stark genug ist, Zugeständnisse von der Regierung zu erzwingen. Unsere Meinung zur Berliner Wahlwiederholung in a nutshell ist deshalb: Wählt die Linkspartei und organisiert den Kampf an unseren Schulen! Diskutiert im Unterricht was die Wahl und ihre Themen für den Schulalltag bedeuten, organisiert euch und gründet Komitees, die dafür kämpfen, dass wir eine gute Bildung bekommen, statt Polizeigewalt und Mieterhöhung!

LÜTZI LEBT?!

Wir waren bei der Räumung von Lützerath am Start. Erfahrungen, Auswertung und Auswertungsveranstaltungen findest du auf unserer Homepage & insta!

BERLIN: Vollversammlung an der Sophie Scholl: Für Klimagerechtigkeit kämpfen!

Am 24.01.2023 wird nach über 10 Jahren endlich wieder eine Vollversammlung an der Sophie Scholl-Schule (SSO) stattfinden. Dieses Mal geht es um das Thema Klimawandel. Das Klima ist für uns alle als Schüler:innen ein unmittelbar wichtiges Thema, da wir als Jugendliche die Ersten sein werden, die die starken Auswirkungen der globalen Erwärmung spüren und damit auch unmittelbar unser aller Leben bedroht werden. Also sollte uns klar sein: Wir müssen was dagegen machen! Dazu versucht die Vollversammlung für uns Schüler:innen an der Scholl ein Anfang zu sein. Aber um wirklich klimagerecht werden zu können, dürfen wir es nicht bei einzelnen Schulen belassen- Wir müssen international zusammen kämpfen für eine klimagerechte Welt!

Deshalb müssen wir jetzt die Aufmerksamkeit an unserer Schule auf das lenken, was getan werden muss, um den Klimawandel aufzuhalten. Dazu haben wir uns am 18.01. zusammengesetzt und gemeinsam als Schüler:innen Forderungen für die Vollversammlung ausgearbeitet, die ich hier kurz erläutern werde:

Internationale & deutschlandweite Forderungen

- Die Anerkennung des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlichen Wachstumszwängen und Klimawandel/Umweltzerstörung!
- Ausstieg aus fossilen Energien jetzt! Energiewende möglich machen: Fossile Wirtschaftskonzerne enteignen!
- Gerechte und bezahlbare Umverteilung von Wohnraum! Große Wohnungsgesellschaften enteignen! Neubauten klimaneutral und umweltfreundlich gestalten! Begrünung von Dächern und Fassaden!
- 19€-Ticket für alle! Langfristig ausgebauter und kostenloser öffentlicher Nahverkehr! Autofreie Blöcke und Straßen, besonders in Nähe zu Schulen!
- Streichung der Schulden des globalen Südens, der am stärksten vom Klimawandel betroffen ist und am wenigsten dafür kann!

Diese Forderungen werden natürlich nicht alleine von den Schüler:innen der SSO umsetzbar sein. Trotzdem sind sie unverzichtbar für die Klimabewegung, da wir das Klima nicht nur in Deutschland retten können. Der Klimawandel ist ein internationales Problem und muss auch als solches bekämpft werden. Internationalismus ist also ein Muss! Dabei wird uns auch klar, dass unser Kampf hier an der Sophie Scholl nicht isoliert bleiben kann. Wir müssen solche Forderungen mit denen von anderen Schulen und anderen Teilen der Bewegung verbinden, um einen effektiven Kampf gegen den Klimawandel führen zu können!

Forderungen für alle Schulen

- Veganes und kostenloses Essen in allen Schulmensen!
- Sanierung bis 2045 reicht nicht! Für effektivere Regulierung von Heizung, Wasser und Strom! Energieverbrauch von Schulen transparent machen! Erneuerbare Energien für alle Schulen, Solarzellen und Begrünung auf die Dächer bis 2025!
- Fördergelder für Klimaprojekte von Schüler*innen!
- Verbindung zu Klimaschutz in den Lehrplan für jedes Fach! Verpflichtend regelmäßige Klimaprojekttage! Dafür Fortbildungen für alle Lehrkräfte und Verknüpfung von Klima mit sozialen, internationalen und politischen Fragen!
- Schüler*innengremien für Klimafragen, die mit GSV und Schulübergreifenden Gremien gleichberechtigt sind!

Als Schüler:innen in Berlin sehen wir, dass unser Kampf nicht isoliert bleiben kann und dass Verbesserungen, die für unsere Schule erkämpft werden konnten, auch eine Verbesserung für andere Schulen darstellen können. Wir als Schüler:innen der Sophie Scholl-Schule wollen deshalb gemeinsam mit anderen Schulen in Aktion treten. Die schulweiten Forderungen sind dabei ein wichtiger Schritt, um die Schüler:innenschaft erstmal um spezifische Forderungen zu mobilisieren und auch konkrete Verbesserungen an der Schule selber zu schaffen.

Forderungen für unsere Schule

- Teilnahme von einzelnen und mehreren Klassen und Kursen an relevanten Klimastreiks -protesten und - aktionen!
- Umweltlehre als Fach etablieren (Fachbereich Naturwissenschaften verbunden mit Gesellschaftswissenschaften)!
- Fortbildungen für unsere Lehrer*innen zu Klimaschutz und sozialen Aspekten von Klimawandel! Klimaschutz gehört in jedes Fach!
- Regelmäßige Klimaprojekttage, bei denen auch Wissenschaftler*innen eingeladen werden können (Planung mit Einbindung von Schüler*innen)!
- Einen Raum für Klimaprojekte, in dem Treffen stattfinden, Materialien gelagert und Ergebnisse präsentiert werden können!
- Ein Klimagremium mit niedrigen Hürden zur Beteiligung, das ähnliche Ressourcen und Rechte wie die GSV hat (z.B. regelmäßig in der Unterrichtszeit tagen)!
- Medien wie Filme und Dokus zu Klimawandel und -Schutz in die Unterrichtsgestaltung einbringen!

Die Forderungen, die wir als Schüler:innen der Sophie Scholl-Schule aufgestellt haben, sind extrem wichtig, um den Klimawandel effektiv zu stoppen und unsere Lebensgrundlage zu retten. Deswegen rufen wir als Schüler:innen der Sophie Scholl-Schule und als Mitglieder von REVOLUTION euch auf: Wählt diese Forderungen und schützt damit das Klima!

Aber was jetzt?

Aber was machen wir jetzt mit den Forderungen? Wenn wir sie nur in der Luft rumstehen lassen, wird sie keiner für uns umsetzen- das haben wir schon unzählige Male in der Vergangenheit gesehen. Ob ihr bei FFF (Fridays For Future) mitdemonstriert habt, bei Ende Gelände wart, vielleicht sogar am 14.01 in Lützerath, oder euch auf irgendwelchen anderen Wegen für das Klima eingesetzt habt: Bei all diesen wichtigen Kräften und Bewegungen ist bisher leider wenig Konkretes erkämpft worden. Die Regierung macht nichts- so oft wir sie auch dazu auffordern und so oft wir auch auf die Straße gehen. Das liegt daran, dass viele dieser Proteste es nicht wirklich geschafft haben, tatsächlichen Druck gegen die Regierung aufzubauen und es auch nicht geschafft haben, über längere Zeit konstant auf die Straße zu gehen, um für eine gerechte Welt zu kämpfen. Weiterhin wurde es oft nicht geschafft, eine tatsächliche gesellschaftliche Dynamik rund

um das Thema des Klimaschutzes und was man dagegen tun muss, zu erzeugen. Am nächsten dran ist Fridays For Future gekommen, die es geschafft haben, mehrere Millionen Schüler:innen teilweise jeden Freitag auf die Straße zu bringen. Aber auch das hat immer weiter abgenommen und ist auch überall auf der Welt immer kleiner und kleiner geworden. Was ziehen wir also daraus?

Der wichtigste Fehler, den FFF und andere Klimabewegungen gemacht haben, ist, dass sie es nicht geschafft haben, sich dort zu organisieren, wo ihre Basis herkam: an den Schulen. Es wurde verfehlt, die Schüler:innen dazu zu bringen, sich an diesen Orten selbst zu organisieren und auch eigene Forderungen aufzustellen und so die Kämpfe nicht nur auf der Straße zu führen, sondern auch an der Schule. Aus den Fehlern, die FFF gemacht hat, müssen wir aber lernen und deswegen fordern wir als REVOLUTION und als Schüler:innen von, unter anderem, der Sophie Scholl-Schule euch alle auf: Bildet unabhängige Schüler:innen-Räte, stellt für eure Schulen Forderungen auf, wie wir es gemacht haben, geht gemeinsam und organisiert als Schüler:innen auf die Straße und lasst euch nicht von rechter Hetze, euren Eltern und einschüchternden Schulleitungen unterkriegen! Der Kampf fürs Klima ist ein Kampf für uns alle und er beginnt genau hier. Hoch die internationale Solidarität!

NACHGEHAKT #1

Im letzten Heft haben wir euch gefragt: „Klimaschutz an der Schule: Was gibt es Positives? Was muss sich noch verändern?“ Hier sind eure Antworten:

FLO, ALTES GYMNASIUM, FLENSBURG

Bei uns an der Schule ist Klimaschutz ein eher untergeordnetes Thema, es wird hauptsächlich im Fach Geographie behandelt und in anderen Fächern ist es wenn dann ein Randthema. Da ich im gesellschaftswissenschaftlichem Profil bin und wir Geographie als Profilfach und damit auch als Abi-Fach haben wird es bei uns jedoch mehr behandelt als in anderen Profilen. Wir hatten letztes Jahr in unserem Profilseminar ungefähr ein halbes Jahr Zeit um ein Projekt fertigzustellen zum Thema Lösungen gegen den foranschreitenden Klimawandel z.B. wie man Plastikprodukte durch Holzprodukte im Supermarkt ersetzt oder auch wie man klimafreundlich putzt. In dem Projekt ging es zwar auch um die Ursachenanalyse der Klimakrise, aber hauptsächlich ging es um individuelle Lösungen ohne wirklich die Ursachen der globalen Klimakatastrophe auszumachen und zu benennen. Es gab auch ein Thema bei der Themenauswahl bei dem es um die Umveltverschmutzung im Trikont, ihre Ursachen und absurde individuelle Lösungen gegen die von den Industrienationen verantwortete Umweltverschmutzung ging aber dieses Thema hat keine Gruppe für sich beansprucht. Das war auch das einzige Thema bei dem es ansatzweise das Potenzial für fundierte Systemkritik geben hätte können. Generell lässt sich zusammenfassen dass die fehlende tiefgehende Analyse nur zu individuellen Lösungsvorschlägen führt, wie z.B. dass man eher Produkte mit Holzverpackungen anstatt Plastiverpackungen im Supermarkt und im Discounter kaufen sollte und dass die Supermärkte bzw die Herrsteller dieser Produkte vielleicht mal selber ihre Produktion umstellen sollten, aber dabei bliebs auch. Die globale Klimakatastrophe wird also individualisiert, Lösungen sollen wir in unserem eigenem Leben selber finden und verantwortlich für die Klimakrise ist auch der Einzelne. Systemkritik? Fehlanzeige!

Rio, Sophie Scholl-Schule, Berlin

An unserer Schule ist Klima ein Thema, über das recht viel geredet wird, auch im Unterricht. Von Schüler*innen und Lehrer*innen gab es mehrfach Versuche, z.B. mit der Nachhaltigkeits-AG oder dem Klimaparlament Gruppen aufzubauen, die sich mit Klimaschutz beschäftigen. Es wurden Projekte wie die FreeBox zum Tauschen von Sachen oder Konzepte für besseres Recycling umgesetzt. Große Projekte oder breite Beteiligung gab es leider nicht dauerhaft. Daran wird klar: Es fehlt an einer Verknüpfung von Klima und Sozialem und an tatsächlicher Entscheidungskompetenz für uns Schüler*innen.

Zule, IGS Kastelstrasse Wiesbaden

Die Klimakrise ist global, im Unterricht wird dies viel zu wenig thematisiert, aufgrund des veralteten Schulsystems. Privilegierte Schüler:innen werden wenn überhaupt das Grundwissen dies bezüglich bei gebracht. Dies reicht nicht. Wir brauchen eine neues Schulsystem un dieses Problem zu lösen. Weg mit der neoliberalen Propaganda das einzelne Personen für diese Krise verantwortlich sind. Es muss Schülerinnen Klarwerden das für diese Krise Großkonzerne wie RWE und co verantwortlich sind.

Pilz, eks-igs-Kranistein, Darmstadt

In der Schule gibt es schon viele Ansätze für liberalen Klimaschutz, wie wir zum Beispiel an einer Umwelt AG oder an Müllsammelaktionen sehen. Diese Ansätze sind aber oft sehr Konsumkritisch, was die wahren Klimasünder wie zum Beispiel RWE oder Uniper verdeckt. Echte Lösungen für den Klimaschutz müssen antikapitalisch sein und dürfen nicht Konsumkritisch sein.

Klette, Staedtisches Gymnasium an der Hoenne, Dortmund

Auch wenn Schule mit Bezug auf die Klimakrise noch viel nachzubessern hat, ist doch festzustellen, wie das Bewusstsein für die notwendige klimapolitische Wende immer mehr Menschen und vor allem Mitschüler*innen erreicht. Es gründen sich vermehrt Klimagruppen oder Projektgruppen im Kampf für eine klimagerechte Schule. Denn gerade hier gibt es viel zu verändern und letztendlich sind wir es auch, die zurzeit noch am längsten unter der Klimakrise leiden werden. Un dem entgegenzuwirken, brauchen wir jetzt 100 Miliarden Sondervermögen für die Bildung - sei es, um Gebäude energetisch zu sanieren oder diese mit Solaranlagen auszustatten. Mesaessen muss regional produziert und der öffentliche Nahverkehr durch ein kostenloses Jugendticket für alle zugänglich gemacht werden.

All das sind aber nur erste Ansätze für eine klimagerechte Schule - wichtig ist, dass jede Entscheidung dabei von denjenigen getroffen wird, die sie auch wirklich betreffen, also von uns Schüler:innen selbst.

Saliha, Gustav-Heineman-Schule, Berlin

Also erstmal sollte in den Schulen allgemein mehr über das Thema Klimaschutz bzw. was man dagegen tun kann informiert werden. Zum Beispiel könnte man anfangen Schülern zu erklären warum man erneuerbare Energien für die Schule nutzen sollte. Wenn die nicht schon genutzt werden sollte dies eingeführt werden. Ein guter anfang ist es, dass man an vielen Schulen Tablets nutzen darf, jedoch meist erst ab der Oberstufe und viele Schüler können sich dies nicht leisten und sind somit auch noch benachteiligt.

Sam, Gymnasium DD Cotta, Dresden

Ich nehme an meiner Schule eigentlich keine besonderen Klimaschutzmaßnahmen war. Wir können beispielsweise die Heizung nicht abdrehen wenn uns zu warm ist, die Lehrer sagen dazu nur wir könnten ja das Fenster aufmachen und es wird immer noch sehr viel mit Papier gearbeitet und digitale (papiersparende) Lehrmittel funktionieren häufig nicht. Schüler*innen die zu FFF wollen und dafür eine Freistellung erbitten bekommen gesagt sie sollten lieber was an ihrer Schule organisieren und das Thema ihren Mitschülern nahebringen, wobei allerdings auf politische Aktionen oder auch nur das verteilen von flyern mit repressionen wie elterngesprächen gedroht wird.

Ana, Pestalozzi-Gymnasium-München

Auf der Website meiner Schule (Pestalozzi-Gymnasium-München) stehen groß die Symbole einer “Internationalen Nachhaltigkeitsschule” und einer “GemüseAckerdemie” und es gibt dort eine eigene Kategorie mit dem Thema “Umwelt” und die Schule hat einen Umwelt AK. Der AK kümmert sich um die schulischen Beete und hat Tonnen für Pfandflaschen aufgestellt (auch wenn die häufig nicht genutzt werden). Doch wirklich zum Thema Klimaschutz macht der AK allerdings nichts. Es wird viel zu viel gedruckt und kopiert, trozt der hohen Ipad Quote, aber immerhin mit recyceltem Papier. Müll getrennt wird nur in einigen bestimmten Klassenzimmern und auch da funktioniert das nur bedingt. Einige Lehrer*innen sagen uns zwar regelmäßig, dass Klimaschutz ein wichtiges Thema ist, aber der geringste Teil ruft tatsächlich auf zu Aktionen zu gehen und aktiv zu werden. Es fehlt insgesamt, und vielen Lehrer*innen und Schüler*innen, an einer Perspektive die über “Klimaschutz ist schon wichtig” hinaus geht. Es braucht ein größeres Bewustsein, dass der Klimawandel auch uns etwas angeht und dass wir tatsächlich aktiv für unsere Zukunft kämpfen müssen.

Yorick, Anton-Philip Reclam Gymnasium, Leipzig

Das Anton-Philip Reclam Gymnasium schreibt sich oft fortschrittlichkeit, Demokratieverständniss und Umweltbewusstsein, auf die Fahne, oder in die Empfangshalle. In gewissen Punkten mag dies durchaus gerechtfertigt sein, zum Beispiel bei den Geschlechtsneutralen Toiletten welche sehr zu begrüßen sind. Umweltpolitisch ist die Schule auch stets bemüht sich symbolisch einzusetzen, Solarpanels auf den Dächern und Stromsparprojekte wie „Halbe Halbe“ sind sicherlich schön und gut greifen aber viel zu kurz. Allein schon im schulischen Rahmen gibt es viele Baustellen beispielsweise gibt es in der Schulkantine auch für mittlerweile 5 Euro (!) kein veganes Essen und auch das vegetarische Angebot ist nur sehr spärlich vorhanden. Zudem muss der Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt größer geführt werden als nur an der Schule, all diese Punkte können ein guter Anfang sein müssen aber gemeinsam von uns Schüler_Innen darüber hinaus getragen werden. Beteiligt euch deshalb an unserer Veranstaltung zur Räumung Lützeraths und der Perspektive der Umweltbewegung am 6.2. in der Aula und diskutiert mit uns was wir in und über unsere Schule hinaus erreichen können.

Schüler_innen & Lehrer_innen zusammen:

GEMEINSAMER STREIK FÜR KLEINERE KLASSEN!

Am 7. und 8. Februar ist wieder schulfrei in Berlin! Diesmal ausnahmsweise nicht, weil es durch die Decke tropft oder die halbe Schule Corona hat, sondern weil unsere Lehrer_innen streiken gehen. Schulfrei ist eh ein Geschenk des Himmels, aber es lohnt sich auch mal zu schauen, was da eigentlich genau passiert an diesen 2 Tagen. Unsere Lehrer_innen kämpfen nämlich für einen Tarifvertrag-Gesundheit, dessen Ziel es ist, unsere überfüllten Klassen zu verkleinern. Für sie heißt das: weniger Stress und Arbeitsbelastung. Für uns heißt das: besser Lernen, mehr Zeit und weniger genervte Burn-Out-Mathelehrer. Die Idee ist nicht neu, denn das ist mittlerweile der 8. Warnstreik, zu dem die Lehrer_innengewerkschaft GEW aufruft. Und obwohl an unseren Schulen regelmäßig der Unterricht ausfällt oder sogar ganze Stufen und Jahrgänge wegen der Streiks dicht machen, hat es der grüne Finanzsenator Daniel Wesener bisher abgelehnt, überhaupt nur mit der Gewerkschaft zu reden! (Das ist übrigens derselbe Typ, der den Volksentscheid Deutsche Wohnen und Co Enteignen nicht umsetzen will.) Noch peinlicher ist dabei die Tatsache, dass alle Berliner Parteien (außer natürlich der AfD) im Wahlkampf angekündigt haben, für kleinere Klassen zu sorgen. Passiert ist einfach mal gar nichts und noch dazu fehlen Berlin im neuen Jahr 2023 sogar über 1000 Lehrkräfte.

Für uns ist klar: Auch wenn Frau Schmanz ungerechte Noten gibt und Herr Weiß den langweiligsten Unterricht der Welt macht – in diesem Kampf stehen wir an ihrer Seite. Nicht nur aus Solidarität, sondern auch weil wir selber in kleineren Klassen einfach weniger Konkurrenzdruck erleben und mehr Übungszeit, mehr Ruhe und mehr Aufmerksamkeit bekommen. Aber wie kann der Streik unterstützt werden? Meistens gibt es am Streiktag selbst ein Streikkaffee, entweder vor dem Schultor oder im jeweiligen Bezirk (Treffpunkt steht auf der GEW-Berlin-Homepage). Dort kann man vor Ort mit den streikenden Lehrer_innen reden, wie wir sie unterstützen können. Wenn sie korrekt sind, nehmen sie uns vielleicht auch direkt mit auf die Streikdemo am 7.2. und machen daraus eine Politik-Exkursion. Oder ihr geht einfach selbst hin, wenn der Unterricht wegen des Streiks komplett ausfallen sollte. Ihr könnt auch ein kleines Flugblatt schreiben, dass ihr die Idee cool findet, und allen Lehrer_innen ins Fach legen. Auch das motiviert sie und hilft ihnen vielleicht auch bei Konflikten mit der Schulleitung, die Streiks meistens gar nicht toll findet. Auf einer Vollversammlung oder Sitzung der Schüler_innenvertretung kann eine gemeinsame Erklärung verabschiedet werden, dass der Streik von uns Schüler_innen unterstützt wird. Am 8.2. wird der Streik dann dezentral organisiert. Das heißt, dass die streikenden Lehrer_innen an diesem Tag zwar in die Schule kommen, aber nicht arbeiten, sondern ein Streikkaffee organisieren, in dem sie über das weitere Vorgehen und die Streiktaktik beraten. Auch dort sind wir gern gesehen Gäste und das ist eine super Möglichkeit, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen und vielleicht auch eine kleine Aktion an der Schule gemeinsam zu planen. Auch wenn ihr außerhalb Berlins wohnt und die Idee mit dem Tarifvertrag cool findet, könnt ihr sie unterstützen: Fragt eure Lehrer_innen, ob sie in der GEW sind, ob sie schon etwas von den 8 Streiks für kleinere Klassen in Berlin gehört haben und ob sie diese Idee nicht auch mal in ihren GEW-Kreis oder -bezirksverband tragen wollen. Es gibt bereits innerhalb der GEW in einigen Städten ähnliche Überlegungen.

Die kurzen Warnstreiks werden jedoch nicht ausreichen, um genug Druck auf den Berliner Senat aufzubauen. Was es braucht, ist - so wie es die junge GEW Berlin fordert - ein Erzwingungsstreik. Das ist ein Streik, der nicht nur auf einen Tag angelegt ist, sondern so lange dauert, bis das Ziel erreicht ist. Dafür müssen wir aber auch die Warnstreiks unterstützen, damit unserer Lehrer_innen merken, dass wir an ihrer Seite stehen, wir die gleichen Ziele in diesem Tarifkampf verfolgen und uns vielleicht auch zuhören, welche Streiktaktik es tatsächlich braucht.

Wir wollen unsere Lehrer:innen beim Streik unterstützen, Unterschriften sammeln für eine Petition, die sich dafür ausspricht konsequent zu streiken und gemeinsam mit Mitschüler:innen zur Demo am 7. März gehen. Melde dich bei uns wenn du mitmachen willst! insta: revogermany